



Niederschrift

91. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 11.06.2008
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:24 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE	bis 19:13 Uhr
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE	bis 18:34 Uhr
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	ab 17:09 Uhr
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Cornelius, Wolfgang	CDU	
Frau Paulsen, Bettina	CDU	
Herr Schröder, Michael	CDU	
Frau Hüneke, Saskia	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis	ab 17:20 Uhr
Herr Schliepe, Gregor	Die Andere	

Nicht anwesend sind:

Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	

Gäste:

Herr Exner, GB 1
Frau Ewers, für den GB 2
Frau E. Müller, GB 3
Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4
Herr Kant, Polizeipräsident und Herr Marshall, Herr Schwella vom Schutzbereich Potsdam
Herr Lehmann, Polizei-Präsidialbüro
Herr Pilarski, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten
Herr Weis, Verkehrsbetrieb Potsdam
Frau Kosel, Personalrat
Herr Zeretzke, Beteiligungssteuerung
Frau Dr. Seemann, FB Kultur und Museum
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters
Frau Ziegenbein, Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 28.05.2008
- 2 Sicherheitsgespräch mit dem Polizeipräsidenten
- 3 Erstattung von Schülerfahrtkosten (Antrag DS 07/OBR/0059)
Vorlage: 07/SVV/0814
Oberbürgermeister, FB Schule und Sport
- 3.1 Schülerbeförderung familiengerecht gestalten
Vorlage: 08/SVV/0584
Oberbürgermeister, FB Schule und Sport
- 4 Ehrenamtspass
Vorlage: 08/SVV/0354
Fraktion DIE LINKE
- 5 Gebäude der ehemaligen Postfiliale Am Stern
Vorlage: 08/SVV/0370
Fraktion DIE LINKE
- 6 Gedenktafel am Haus der ehemaligen Synagoge
Vorlage: 08/SVV/0571
Fraktion CDU
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Information über den Stand der Vorbereitungen - 200 Jahre StVV
gemäß Vorlage: 07/SVV/0886
- 7.2 Bericht über die Arbeitsgruppe "Gesprächskreis Beteiligungsmanagement"
gemäß Vorlage: 07/SVV/1018
- 7.3 Bericht zum Schwachlastticket
- 7.4 Projekt "Klimaschutz in der Landeshauptstadt Potsdam"
Vorlage: 08/SVV/0430
- 8 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 28.05.2008

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 13 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Bezüglich der Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, den Tagesordnungspunkt 5 zurückzustellen, da die eingeladenen Vertreter der Deutschen Post kurzfristig abgesagt hätten. Darüber hinaus habe die Verwaltung mittlerweile recherchiert und festgestellt, dass das im Antrag der Fraktion DIE LINKE benannte Gebäude Am Stern nicht der Post, sondern der Telekom gehöre. Eine Kontaktaufnahme habe es bereits gegeben; Ergebnisse würden jedoch noch nicht vorliegen. Mit dieser Änderung wird der Tagesordnung mehrheitlich zugestimmt.

Im Weiteren liege ein Antrag der Fraktion Die Andere für ein Rederecht der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten vor. Herr Marcus Pilarski werde für den erkrankten Herrn Willi Frohwein zum Tagesordnungspunkt 6 „Gedenktafel am Haus der ehemaligen Synagoge“ sprechen. Gegen das Rederecht erhebt sich kein Widerspruch.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 90. Sitzung vom 28. Mai 2008 gibt es keine Hinweise oder Änderungen; das Protokoll wird mit 10 Ja-Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen bestätigt.

zu 2 Sicherheitsgespräch mit dem Polizeipräsidenten

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister den Polizeipräsidenten Herrn Kant und vom Schutzbereich Potsdam Herrn Marshall.

Herr Kant erläutert eingangs den seit 2002 laufenden erheblichen Umstrukturierungsprozess der Polizei, den damit verbundenen Personalabbau und die Reduzierung der Präsidien und Schutzbereiche sowie die Zusammenlegung bzw. Schließung von Polizeiwachen. Dies alles solle jedoch nicht zu Leistungseinbußen führen, weshalb zahlreiche Projekte entwickelt worden seien, wie die Flexibilisierung des Schichtdienstes, in deren Rahmen Einsatzkräfte belastungsbezogen geplant und eingesetzt werden, so dass an Samstagen mehr Personal zur Verfügung stehe als z. B. an Sonntagen. Aber auch interne Projekte wie die Einführung eines Gesundheitsmanagements oder ein neues Beurteilungssystem sollen trotz höherer Arbeitsdichte mehr Flexibilität und Leistung gewährleisten.

Anhand visueller Darstellungen, die allen Mitgliedern des Hauptausschusses schriftlich vorliegen, erläutert Herr Marshall anschließend die Entwicklung der Straftaten in der Stadt Potsdam 2006/2007 und geht dabei u.a. auf Straftaten mit erhöhter Zunahme der Deliktzahlen, Straftaten mit erhöhtem Rückgang der Deliktzahlen, die Kriminalitätsbelastung im Vergleich der Städte Potsdam, Cottbus, Frankfurt (O) und Brandenburg, Schwerpunkte im Kriminalitätsgeschehen, die Tatverdächtigen- und Bevölkerungsstruktur, die Opferstruktur und die Verkehrsunfalllage ein.

Die Nachfragen der Mitglieder des Hauptausschusses werden anschließend durch Herrn Kant und Herrn Marshall beantwortet. So auf die Nachfrage des Oberbürgermeisters, ob sich der bisherige Trend der Straftaten verstetige. Dies, so Herr Marshall sei zwar der Fall; in den Straftaten widerspiegeln sich aber auch getrof-

fene Entscheidungen der Polizei, wie z. B. Angebote an Sprayer, die dann zum Rückgang von Straftaten beitragen. Herr Mühlberg bezieht seine Frage auf zahlreiche Einbrüche in Einfamilienhäuser insbesondere im Bornstedter Feld und in Groß Glienicke. Laut Presseinformation habe die Polizei eine Tätergruppe gefasst, die dafür verantwortlich sei. Herr Marshall entgegnet, dass Einbrüche seit Jahren kein neues Phänomen seien und hierzu zahlreiche operative Maßnahmen seitens der Polizei durchgeführt werden. In der Regel seien hier ausländische Tätergruppen in wechselnder Zusammensetzung am Werke; der jetzt gefassten Gruppe konnten mehrer Einbrüche nachgewiesen werden.

Herr Dr. Scharfenberg verweist darauf, dass in den letzten Jahren in der Regel eine höhere Anzahl von Straftaten bei einem gleichzeitigem Rückgang der Aufklärungsquote zu verzeichnen war. Obwohl das für Potsdam nicht so ganz zutreffend sei, sollte es Überlegungen geben, wie diesem Trend entgegengewirkt werden könne. In diesem Zusammenhang stehe auch der radikale Personalabbau, dessen Auswirkungen nicht absehbar seien und der gegensteuernde Maßnahmen erfordere. Im Weiteren dankt Herr Dr. Scharfenberg für den gegebenen Bericht und die zuverlässig erbrachten Leistungen der Polizei. Der Oberbürgermeister schlägt vor, die Positionierung der Stadt zu entsprechenden Maßnahmen als gesonderten Punkt in einer der nächsten Sitzungen des Hauptausschusses aufzurufen. Herr Kant verweist darauf, dass der Personalabbau die Polizei noch bis 2012 beschäftigen werde. Die bislang davon betroffenen Kollegen würden derzeit in einem so genannten Überhang verbleiben und in den nächsten zwei Jahren nach und nach pensioniert, so dass dies ein „schleichender Prozess“ sei.

Herr Schliepe bezieht seine Nachfrage auf die Folie zur Darstellung politisch motivierter Gewalttaten und fragt, auf welche Art und Weise die Zuordnung erfolge und wie hoch die Dunkelziffer einzuschätzen sei. Im Weiteren merkt er an, dass die genannte Zahl der durch Kinder begangenen Taten trügerisch sei, denn wenn als Grund der Zuwachs von Kindern benannt werde, so könne dieser nur die unteren, für Straftaten nicht in Frage kommenden Altersgruppen betreffen.

Herr Kant entgegnet, dass der Focus seit Jahren auf Gewaltdelikten liege und seit Jahren viel Kraft in die Verfolgung politisch motivierter Gewalttaten hinein gelegt und mit besonderer Intensität ermittelt werde. Dies sei auch in Potsdam spürbar, u.a. auch deshalb, weil für die Täter empfindliche Strafen verhängt wurden. Die Einstufung der Taten erfolge in mehreren Schritten, da sich der Auslöser einer Straftat nicht immer eindeutig darstelle. Neben der Polizei ist die Staatsanwaltschaft beteiligt, die mit der Anklageerhebung auch eine Bewertung vornehme und das Gericht durch die Fällung des Urteils. Insofern werde die Statistik nach den bekannten Tatsachen erstellt.

Bezogen auf die Anzahl der Verkehrsunfälle mit Personenschaden, fragt Frau Paulsen, ob man davon ausgehen könne, dass die konsequente Umsetzung des von der Stadt entwickelten Radwegkonzeptes dazu beitragen könne diese zu senken. Herr Marshall erwidert, dass eine übersichtliche und akzeptable Verkehrsraumgestaltung für Radfahrer sehr entscheidend sei und er davon ausgehe, dass das Konzept dazu beitragen könne, wenn es so angelegt sei.

Abschließend werden die Nachfragen von Frau Dr. Müller, ob bei Delikten von Kindern und Jugendlichen eine Erfassung der Anzahl der Mehrfachtäter möglich sei und von Frau Bankwitz, ob die genannten Gewalttaten absolute Zahlen seien, beantwortet.

zu 3 Erstattung von Schülerfahrtkosten (Antrag DS 07/OBR/0059)

Vorlage: 07/SVV/0814

Oberbürgermeister, FB Schule und Sport

Der Oberbürgermeister schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 3 und 3.1 zusammen-

men zu behandeln, da die Mitteilungsvorlage 08/SVV/0584 bereits einen Kompromissvorschlag zum Anliegen des Ortsbeirates Groß Glienicke enthalte. Eine entsprechende Satzungsänderung werde für die Sitzung der StVV am 02. Juli 2008 vorgelegt und müsse ohne Ausschussüberweisung abgestimmt werden, um sie für das kommende Schuljahr wirksam werden zu lassen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen :

Der Antrag des Ortsbeirates Groß Glienicke DS 07/OBR/0059 hinsichtlich der Änderung der Satzung über die Erstattung von Schülerfahrtkosten vom 12. Juni 2006 wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 5

zu 3.1 Mitteilungsvorlage - Schülerbeförderung familiengerecht gestalten

Vorlage: 08/SVV/0584

Oberbürgermeister, FB Schule und Sport

siehe Tagesordnungspunkt 3

zu 4 Ehrenamtspass

Vorlage: 08/SVV/0354

Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister gibt die Voten des Ausschuss für Kultur und des Ausschusses für Gesundheit und Soziales zur Kenntnis, die beide einem geänderten Beschlusstext zugestimmt haben. Er schlägt vor, dass der Hauptausschuss sich dem ebenfalls anschließen, weil das zu erarbeitende Ehrenamtskonzept die ehrenamtliche Arbeit generell betrachte und der Ehrenamtspass als Teil darin mit eingeschlossen sei.

Der von den o.g. Ausschüssen empfohlene geänderte Beschlusstext wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, im Zusammenhang mit dem zu erarbeitenden Ehrenamtskonzept zum IV. Quartal 2008 auch einen Vorschlag zur Einführung eines Ehrenamtspasses in der Landeshauptstadt Potsdam mit aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 14
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 5 Gebäude der ehemaligen Postfiliale Am Stern

Vorlage: 08/SVV/0370

Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt

zu 6

Gedenktafel am Haus der ehemaligen Synagoge

Vorlage: 08/SVV/0571

Fraktion CDU

Der Oberbürgermeister begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Pilarski, der in seinem Redebeitrag die Auffassung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten und hier insbesondere von Herrn Willi Frohwein darlegt. Er begründet die Empfehlung zur Ablehnung des vorliegenden Antrags u. a. damit, dass keine Notwendigkeit einer Änderung der Gedenktafel bestehe und der Ort des Gedenkens in seiner jetzigen Form erhalten bleibe. Das Engagement der CDU werde trotzdem geschätzt; das für die Gedenktafel gesammelte Geld empfehle man für den Neubau der Synagoge zu spenden.

Herr Schröder bringt namens der Fraktion CDU den Antrag mit dem Wortlaut:

Das Auswechseln des Namens „Faschisten“ durch „Nationalsozialisten“ und der Hinweis auf die entgeltliche Zerstörung 1957 sind aus Sicht der Gedenktafelkommission erforderlich und soll vom Hauptausschuss begleitend unterstützt werden.

ein und betont, dass Herr Pilarski hier eine komplizierte Diskussion „aufmache“, die besser in den Ausschuss für Kultur oder die Gedenktafelkommission gehört hätte. Das Anliegen des Antrags sei eine Klarstellung über die Zerstörung des Gebäudes, die nicht 1938, sondern 1957 stattgefunden habe.

Auf die Nachfrage von Herrn Schubert, wer die „Gedenktafelkommission“ denn sei, informiert der Oberbürgermeister, dass ihr Herr Munzel vom Rechtsamt, Herr Kalesse von der Unteren Denkmalbehörde, Frau Dr. Horn von der Stiftung Preussische Schlösser und Gärten sowie Frau Dr. Volkmann-Block vom Potsdam Museum angehören. Frau Dr. Seemann ergänzt, dass die Gedenktafelkommission eine beratende Funktion habe, sowohl für die Texte als auch für den Prozess. Am 17.04.08 habe der Ausschuss für Kultur über das Anliegen beraten und sich dagegen kein Widerspruch erhoben. Dem widerspricht Frau Dr. Schröter; der Text sei im Kulturausschuss nur verlesen worden, eine Beratung und Beschlussfassung habe es nicht gegeben. Im Weiteren sehe sie keine Veranlassung für eine Änderung oder die Anbringung einer zweiten Tafel.

Herr Dr. Gunold fragt, was die Ergänzung der Gedenktafel bewirken solle. Der Begriff „Nationalsozialismus“ sei ein von den Faschisten geprägter, um die eigenen Ziele zu verschleiern. Er vermute hinter der Antragstellung der Fraktion CDU eine Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Sozialismus.

Im Weiteren werden die Meinungen zur Verwendung und Bedeutung der Begriffe Faschismus und Nationalsozialismus in den jeweiligen historischen Zusammenhängen diskutiert und bewertet.

Frau Dr. Schröter und Herr Schubert betonen, dass es gemeinsames Anliegen sei, auf die Einmaligkeit der Ereignisse im Jahr 1938 hinzuweisen und es nicht darum gehe, ob das Gebäude zu diesem Zeitpunkt gering oder stark beschädigt wurde. Das, so Herr Schubert, müsste dann recherchiert werden. Dies sei ein Gedenkort für Menschen und nicht für zerstörte Gebäude.

Herr Schliepe betont, dass diese Diskussion eben nicht wie von Herrn Schröder gemeint, in die Gedenktafelkommission gehöre, weil sie politisch „gefärbt“ sei und er vermute ebenso einen politischen Hintergrund für die Antragstellung. Der Zweck der Tafel sei die Erinnerung an ein einmaliges Verbrechen. Darüber hinaus halte er auch die Begründung für bedenklich, in der auf die Finanzierung durch privat gesammelte Gelder verwiesen werde. Der Text einer Gedenktafel

könne davon nicht abhängig gemacht werden.

Herr Schröder betont, dass er sich gegen die Unterstellung einer Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Sozialismus verwahre, auch wenn es bezogen auf die extremste Form des Sozialismus, den Stalinismus zutreffen könnte. Das Anliegen der Bewahrung eines Ortes des Gedenkens gelte respektive auch für die Fraktion der CDU. Trotzdem bleibe der historische Fakt, dass die Synagoge nicht 1938 sondern erst 1957 zerstört wurde, mit der Begründung, dass es keine Jüdische Gemeinde mehr in Potsdam gebe. Bezüglich der Finanzierung wollte die Fraktion CDU nicht den städtischen Haushalt belasten und an evtl. fehlenden Mitteln sollte das Anliegen nicht scheitern. Er schlage vor, den Antrag in den Kulturausschuss zu überweisen, um dort die Diskussion zu führen.

Der Oberbürgermeister spricht sich ebenfalls gegen den Antrag aus und betont, dass er nicht dafür zu haben sei, die Ereignisse von 1938 mit denen 1957 gleichzusetzen. Es sei ein himmelweiter Unterschied, ob der Auftakt zur Vernichtung des Jüdischen Volkes gegeben oder ein Gebäude abgerissen werde.

Frau Hüneke spricht sich ebenfalls für eine Überweisung in den Ausschuss für Kultur aus, weil in der ersten Beratung die „Tiefe des Problems“ nicht erkannt worden sei. Trotzdem würde sie es merkwürdig finden, wenn neben der bereits bestehenden Tafel eine weitere daneben gesetzt werde. Aber der Abriss 1957 sei nun mal eine historische Wahrheit, die auch an diese Stelle gehöre – jedoch nicht in diesem Kontext.

Frau B. Müller spricht sich gegen eine Überweisung in den Ausschuss für Kultur aus, da der Antragsteller keinen Willen signalisiert habe, den Text zu ändern. Ihre Frage, ob der Bereich Marketing bereits weitere Schritte veranlasst habe, wird verneint. Dem schließt sich Frau Dr. Schröter an, denn im Kulturausschuss werde die Diskussion nur wiederholt. Man habe eine aussagekräftige Gedenktafel und die sollte so bleiben. Herr Dr. Scharfenberg signalisiert ebenfalls seine Ablehnung bezüglich der Ausschussüberweisung und betont, dass die Gemeinsamkeiten im Mittelpunkt stehen sollten und nicht die Unterschiede. Da der Text zumindest missverständlich sei, empfehle er diesen zurückzuziehen.

Der Antrag auf Überweisung in den Ausschuss für Kultur wird zur Abstimmung gestellt und findet mit 7 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen keine Mehrheit.

Anschließend wird die Diskussion fortgesetzt in der Frau Bankwitz sich dafür ausspricht, die bestehende Tafel nicht zu ändern – die hänge dort schon seit so langer Zeit und sei deshalb auch schon selbst ein Denkmal. Trotzdem wünsche sie sich einen dezenten Hinweis auf den späteren Abriss der Synagoge, der ihr persönlich bis dato auch nicht bekannt war. Dem schließt sich Frau Hüneke an und betont, dass Ort und Gebäude so bedeutend waren, dass ein Hinweis auf den Abriss gerechtfertigt sei.

Anschließend wird die Frage von Frau Knoblich zum Verfahren dieser Antragstellung erläutert, die laut Oberbürgermeister noch einmal zu klären sei.

Herr Schubert betont abschließend, dass die Diskussion um einen völlig unverständlichen Text geführt werde und empfiehlt der Antragstellerin, diesen zurückzuziehen und in einem neuen „sauberen“ Verfahren einen neuen Text „zu gießen“.

Dieser Empfehlung folgt Herr Schröder namens der Fraktion CDU und **zieht** den Antrag **zurück**.

zu 7 **Mitteilungen der Verwaltung**

zu 7.1 Information über den Stand der Vorbereitungen - 200 Jahre StVV gemäß Vorlage: 07/SVV/0886

Frau B. Müller informiert über die zur Vorbereitung dieses Jubiläums gegründete Arbeitsgruppe und deren Mitglieder. Im Rahmen des ersten Treffens der Arbeitsgruppe am 8. Mai diesen Jahres seien Ziele und Vorstellungen zur Umsetzung diskutiert worden, die sich in das Themenjahr mit dem Arbeitstitel „Stadt der Bürger“ einfügen sollen. In Verbindung mit dem Neujahrsempfang der Landeshauptstadt sei die Eröffnung des Themenjahres, verbunden mit 200 Jahre StVV geplant. Dazu solle ein entsprechende Redner gewonnen werden, der nach Information des Oberbürgermeisters Herr Christian Ude, OBM von München, sein könne; er habe sich den Termin zumindest vorgemerkt.

Darüber hinaus sollten Orte definiert werden, wie die Lindenstraße, wo die Stadtverordnetenversammlung wirksam geworden sei und das Thema mit Ausstellungen, mit Podiumsdiskussionen, Foren, Sonntagsvorlesungen, Gesprächen, z. B. zu den Stein-Hardenbergischen Reformen, untersetzt werden.

Dazu habe es zahlreiche Festlegungen gegeben, die die Arbeitsgruppe in einem weiteren Treffen Mitte Juli weiter entwickeln werde.

Der Oberbürgermeister ergänzt die Ausführungen und betont, dass es 3 Schwerpunkte für die Vorbereitung gebe, die wie bereits genannt den Neujahrsempfang einschließe sowie die Lindenstraße unter der Voraussetzung, dass die Räumlichkeiten bis dahin zur Verfügung stehen. Dies solle als Ort für Ausstellungen und die historische und wissenschaftliche Aufarbeitung der Thematik dienen. Als Höhepunkt sei ein Hoffest im Stadthaus im August geplant.

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 Bericht über die Arbeitsgruppe "Gesprächskreis Beteiligungsmanagement" gemäß Vorlage: 07/SVV/1018

Der Oberbürgermeister informiert über die dazu einberufene konstituierende Sitzung, die mangels Teilnahme der benannten Stadtverordneten jedoch nicht stattfinden konnte. Absagen für diesen Termin habe es gar nicht oder erst kurz vor der Sitzung gegeben.

Im Verlauf der Diskussion verständigt sich der Hauptausschuss einvernehmlich darauf, dass ein neuer Termin erst nach der Konstituierung der neuen Stadtverordnetenversammlung anberaumt wird.

zu 7.3 Bericht zum Schwachlastticket

Herr Exner verweist auf seine im Rahmen der Fragestunde der letzten Stadtverordnetenversammlung gegebene Information zum Schwachlastticket, in der er darauf verwiesen habe, dass dem Anliegen des Beschlusses der StVV mit Maßnahmen wie

- der Erhöhung des Ermäßigtenalters für Kinder von 13 auf 14 Jahre,
- einem Freizeitticket, mit dem für 50 Euro zusätzlich montags bis freitags sowie an Wochenenden und Feiertagen alle VVB-Strecken genutzt werden können sowie
- die Nutzung des Schülertickets auch während der Ferienzeit

Rechnung getragen werde. Darüber hinaus habe sich der VVB am heutigen Tage darauf verständigt, ein Seniorenticket einzuführen, mit dem für 53 – 69 Euro mo-

natlich alle Strecken im Tarifgebiet genutzt werden können. Auf die Nachfrage von Frau Dr. Schröter informiert Herr Exner, dass dieses Ticket ab 01.04.2009 erworben werden könne. Die ebenfalls durch Frau Dr. Schröter erfragte Altersbegrenzung müsse mit der Berliner Seite noch besprochen werden.

Herr Dr. Gunold betont, dass die genannten Maßnahmen nur im Rahmen von Monatskarten genutzt werden können; das Anliegen seiner Fraktion bei der Antragstellung sei aber der Erwerb von Einzelfahrscheinen gewesen. Herr Exner entgegnet, dass derartige Maßnahmen nur in der Tarifstruktur des VVB möglich seien und deshalb nicht zum Erwerb eines entsprechenden Einzelfahrscheins führen könne.

**zu 7.4 Projekt "Klimaschutz in der Landeshauptstadt Potsdam"
Vorlage: 08/SVV/0430**

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein und verweist auf den Termin der konstituierenden Sitzung des Klimabeirates am 16. Juli 2008, zu der die von den Fraktionen benannten Vertreter eingeladen seien.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 8 Sonstiges

Frau Dr. Schröter fragt nach der für den Mai 2008 zugesagten aktuellen Information zur Einführung eines Sozialtarifs für Strom. Der Oberbürgermeister schlägt vor, diese in die nächste Tagesordnung des Hauptausschusses aufzunehmen, da derzeit die Absprachen zwischen dem Bereich Soziales und der Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP) zur Entwicklung von Verfahrensweisen und Modellen laufe.

Die Frage von Frau Dr. Schröter zu den unterschiedlichen Eingruppierungen von Fachbereichsleitern wird im nicht öffentlichen Teil beantwortet.

Im Weiteren informiert Herr Exner über die noch offene Anzahl von Akteneinsichtsansträgen beim KIS. So habe es einen Fall im Jahr 2007 gegeben, der allerdings einen Grenzfall darstelle, d. h. man könne ihn dem zuordnen – müsse dies aber nicht. Eine Akteneinsicht wurde jedenfalls gewährt.